

Regierungen, die ihren Bürgern Steuerwüsten verordnen, gehören in die Wüste geschickt

Von SVP-Nationalrat Lukas Reimann, Wil SG

Jene Staatslenker, welche unbezahlbare Bank- und Konzernschulden am Volk vorbei auf die Staatskasse übernommen, also zu Staatsschulden gemacht haben, entpuppen sich mehr und mehr als ein Kartell von Bankrotteuren, denen jedes Mittel recht ist, Geld aus ihren Bürgern herauszupressen. Damit versuchen sie verzweifelt davon abzulenken, dass sie die Verantwortung tragen für die Zerstörung einst gesunder Währungen.

Die Politik der Staatsbankrotteure, die sich zu einem Kartell ohne jede demokratische Legitimation zusammengeschlossen haben, ist durchsichtig: Die Steueroasen müssen verschwinden!

Kampf den Steueroasen

Dem Steuerzahler, der für die von Regierungen ohne ausreichende Rechtsgrundlage eingegangenen Milliardenverpflichtungen geschröpft werden soll wie nie zuvor, darf keine Auswegmöglichkeit, keine Fluchtmöglichkeit mehr offen gelassen werden: Wenn schon das eigene Land in eine Steuerwüste verwandelt wird, dann soll es weltweit nur noch Steuerwüsten geben. Mit diesem Ziel vor Augen haben sich Regierungen, denen die selbst eingeleitete Politik der Milliardenverschuldung ausser Kontrolle gerät, zu einem eigentlichen Kartell – manchmal OECD, manchmal G20, manchmal EU genannt – zusammengekettet. Statt ihrer Pflicht nachzukommen, das Eigentum der Bürger im Dienste der allgemeinen Wohlfahrt zu schützen und zu sichern, verordnen sie ihren Bürgern Steuerwüsten.

Schweiz im Visier

Ganz oben auf der Liste der endlich zu fesselnden Finanzplätze steht offensichtlich die Schweiz. Weil deren Regierung hilflos, konzeptlos, wehrlos hinnimmt, wenn alle, die ihr Vermögen in der Schweiz vor der Gier massloser Schuldenmacher-Regierungen in Sicherheit zu bringen versuchten und noch immer versuchen, generell zu Kriminellen gestempelt werden. Als wäre Steuerflucht dann, wenn Regierungen die Währungen ihrer eigenen Länder zerrütten und mittels Anwerfung der Notenpresse entwerten, ein krimineller Akt. Als wäre eigenverantwortliche Absicherung der eigenen Existenz bis ins hohe Alter durch ehrlich geschaffenes Vermögen rechtswidrig.

Die Schuldenturm-Architekten sind offensichtlich auf die Kriminalisierung aller Vermögenden angewiesen, weil sie nur so ihr eigentliches Ziel, die generelle Meldepflicht für sämtliche wo auch immer angelegten Vermögen und ihre Besitzer, den «gläsernen Bürger» also, durchsetzen können – ganz so, als stünde der Kommunismus in Europa in voller Blüte.

Die Leistungsträger im eigenen Land aufgrund ihres ehrlich erworbenen Vermögens zu kriminalisieren, ist ebenso sträflich wie kurzsichtig.

Ausserhalb der Demokratie

Verursacht wurde die Finanzkrise, die sich inzwischen zur Weltwirtschaftskrise ausgeweitet hat, von verantwortungslosen Spekulationsgeschäften im Milliardenbereich. Möglich wurden diese Spekulationsblasen, weil Regierungen – ihr Auge allein auf superbe Steuereinnahmen gerichtet – ihre Pflichten im Rahmen der Finanzplatzaufsicht sträflich vernachlässigt haben.

Jetzt aber soll alles abgewälzt werden auf die Schultern ehrlicher Steuerzahler, auf die Schultern einsatzbereiter Leistungsträger vor allem des Mittelstands. Und dies alles ausserhalb demokratischer Entscheidungsmechanismen. Bürger werden auf die Position auszunehmender Ausbeutungsoffer gedrängt – von Mitsprache, von Entscheidungsgewalt des Souveräns in diesem Zusammenhang keine Spur.

Den Opfern der Finanzkrise wird die Hauptlast zu deren Behebung zugeschoben. Die Schuldigen werden derweil mit Staats-Milliarden gerettet.

Widerstand ist angebracht

Dagegen muss, dagegen darf sich der Bürger und Steuerzahler wehren. Weil das gegen ihn gerichtete Handeln der Regierung jeglicher Verfassungsgrundlage entbehrt.

Denn wer den steuerzahlenden Leistungsträger vergewaltigt, erwürgt den Mittelstand, beraubt den Staat damit seiner wirtschaftlichen Substanz. Gleiches resultiert aus der Inflationierung der eigenen Währung zwecks Beseitigung aus dem Ruder geratener Verschuldung. Für eine kleine, offene Volkswirtschaft gibt es nichts Verheerenderes als eine zerrüttete Währung, die unter Abwertungsdruck gerät.

Die Opfer der Steuerwüsten-Politik müssen sich zur Wehr setzen. Die Bürgeraktion «Gesunde Währung» organisiert den Widerstand gegen Regierungen, welche ihren Steuerzahlern Steuerwüsten verordnen. Regierungen, die ihren Bürgern Steuerwüsten verordnen, gehören in die Wüste geschickt.

Lukas Reimann, Nationalrat